

Antragsbereich E / Antrag E1

AntragstellerInnen: Jusos Oberbayern

E1: Flucht und Asyl, aber sicher!

Adressat*innen:

Unterbezirkskonferenz Jusos München, Bezirkskonferenz Jusos

5

Oberbayern, Landeskonferenz Jusos Bayern, Bundeskongress der Jusos,

10

Unterbezirksparteitag SPD München, Bezirksparteitag SPD Oberbayern,
Landesparteitag

15

SPD Bayern, SPD Bundesparteitag

20

Wir verurteilen den Kompromiss, den der EU-Ministerrat zur weiteren
Verschärfung von

25

Asylverfahren in Europa beschlossen hat. Wir sind wütend auf die sozialde-
mokratischen

30

Mitglieder der Bundesregierung, die eine solche Entscheidung – mal wieder
begründet

35

mit vermeintlicher Notwendigkeit und Alternativlosigkeit – mittragen. Der Kompromiss

40

ist Ausdruck eines Rechtsrucks in Europa und stellt eine Verschlechterung für

45

Geflüchtete dar.

50

Konkret kritisieren wir insbesondere die Schnellverfahren an den EU-Außengrenzen:

55

Schon heute gibt es keine einheitliche rechtliche Situation noch einheitliche

60

Standards in allen Staaten der EU zur Prüfung auf Asyl. Viele Bescheide des BAMFs

65

(Bundesamt für Migration und Flüchtlinge) werden von Gerichten revidiert. Es ist zu

70

erwarten, dass die Prüfungen an den Außengrenzen in vielen Fällen zum Nachteil der

75

Asylsuchenden ausgehen. Darüber hinaus ist die Unterbringung in Lagern an der

80

Außengrenze haftähnlich, wenn die Geflüchteten diese nicht in Richtung der EU

85

verlassen dürfen. Von der Flucht oftmals traumatisiert, sind Geflüchtete damit für

90

Hilfsorganisationen schwer zugänglich. Dies als Verbesserung der Situation

95

darzustellen ist zynisch und unangemessen.

100

Ohne eine diplomatische Lösung und Suche nach einem Gespräch mit den Staaten in West

105

und Zentralafrika, ist auch die Idee eines schnellen Asylverfahrens an den EU Grenzen

110

bereits jetzt zum Scheitern verurteilt, wenn die Menschen, die Asyl nicht bekommen,

115

nicht zurückreisen können. Die sichere Rückreise ist in dem Fall nicht möglich, weil

120

es keine Einigung mit den Herkunftsländern und Transferländern (wie die des

125

Westbalkans) gibt. Dies wird nur zu ähnlich elenden Zuständen wie in Moria führen.

130

Unabhängig davon sieht der Kompromiss vor, dass bei abgelehnten Asylträgern auch

135

eine Abschiebung in Drittstaaten möglich sein soll. Hierfür sollen Abkommen mit

140

vermeintlich sicheren Drittstaaten geschlossen werden, Abschiebungen werden damit

145

erleichtert und wahrscheinlicher und gleichzeitig unsicherer und gefährlicher.

150

155 Das Recht auf Asyl ist ein individuelles Recht. Basierend auf der Herkunft, die

160 Erfolgswahrscheinlichkeit zu beurteilen, widerspricht der Idee, jede individuelle

165 Situation einzeln zu prüfen.

170

Der Aussage der Bundesregierung, dass dies für Geflüchtete aus Syrien oder

175 Afghanistan nicht gilt, wird von vielen NGOs widersprochen: Wenn Menschen über

180 sichere Drittstaaten fliehen – was fast immer der Fall ist – können die

Mitgliedstaaten laut dem Text des Kompromisses entscheiden, diese Menschen in die
185

Grenzverfahren aufzunehmen.

190

Hochproblematisch ist auch, dass die Definition sicherer Drittstaaten zukünftig in

195

die Entscheidungsmacht der Nationalstaaten übergehen soll. Das wird zur Folge haben,

200

dass gerade die Staaten an den EU-Außengrenzen Probleme in den Drittstaaten

205

ignorieren und diese als “sicher” deklarieren werden, um Asylsuchende in die

210

Grenzverfahren zu bringen und um sie im Zweifel auch in Transitländer abschieben zu

215

können

220

Auch der hochgepriesene Verteilungsschlüssel innerhalb der EU läuft ins Leere, wenn

225

sich einzelne Mitgliedstaaten freikaufen können. Durch die Ausgleichszahlungen wird

230

die Nicht-Unterbringung von Geflüchteten zum marktwirtschaftlichen Gut innerhalb der

235

Europäischen Union.

240

Unabhängig von den konkreten Problemen des Kompromisses ist es vor allem die

245

generelle ideologische Ausrichtung, die ihm zugrunde liegt, die höchst problematisch

250

ist: Der Beschluss des Ministerrats verstärkt die Festung Europa und trägt
255 zu einer

weiteren Abschottung bei. Flucht wird weiterhin kriminalisiert, das Sterben
260 im

Mittelmeer findet weiterhin kein Ende und Fluchtrouten werden weiterhin
265 unsicher

bleiben.
270

275 Den Anstieg der rechts-populistischen Parteien in der EU unterbindet man
nicht, indem

280 man die Politik und Rhetorik dieser Parteien in den eigenen Beschlüssen
und Reformen

285 umsetzt. Es schleicht sich der Eindruck ein, dass die Regierungen unbedingt
eine

290 Reform vor der nächsten Europawahl umsetzen möchten, damit man in
einem Jahr sagen

295 kann, man hätte die Anzahl der Asylsuchender gesenkt – aber um welchen
Preis? Um den

300 Preis, dass man mit dem Leben der Tausenden von Menschen pokert und die
eigene

305 „Werte“ und Rechtsprinzipien für nichtig erklärt. Das höchste Ziel der
Regierungen

310 der EU und der Institutionen der EU, um ihre sogenannten humanistischen
Werte wieder

315 glaubwürdig zu machen, sollte ein Vision Zero (Null Tote an den EU-Grenzen)
für das

320 Mittelmeer und eigene Grenzen sein.

325

Unsere Asylpolitik muss auch einen besonderen Fokus auf den Schutz der
Kinderrechte

330

haben. Kinder erleben in den Krisen Traumatisierung und verlieren ihre

335 Lebensgrundlage. Mit der UN-Kinderrechtskonvention haben sich fast alle
Staaten

340 weltweit auf den Schutz von Kindern geeinigt. Aus diesem Grund ist es
mehr als

345 wichtig dass die Mitgliedsstaaten der EU sich für den Schutz der Kinder,
besonders

350 auf ihren Grenzen einsetzen, die internationale Vereinbarungen einhalten
und die

355 finanziellen Mindeststandards für die Humanitäre Missionen für Kinder-
schutz sichern

360 (der Bedarf ist weltweit nur zu 43% gedeckt).

365

Wir fordern die Mitglieder des Europäischen Parlaments und die Bundesre-
gierung auf,

370

sich im anstehenden Trilog gegen die Ratifizierung dieses Kompromisses
einzusetzen.

375

Außerdem fordern wir konkret:

- Das Recht auf Asyl muss individuell geprüft werden, die Herkunft darf
dabei

380

keine Rolle spielen

- Keine Lager an den Außengrenzen
- 385 • Keine Abschiebung in Drittstaaten
- Strenge Prüfungen der Anerkennung von Staaten als sichere Drittstaaten und
- 390 Entscheidungen darüber gemeinsam in der Europäischen Union
- Eine faire Verteilung in Europa, aus der sich niemand freikaufen kann
- Es braucht endlich sichere Fluchtrouten sowohl über Land als auch über
- 395 Wasser.

Das Sterben muss endlich ein Ende haben. Die von der Bundesregierung

400 bereitgestellten Mittel müssen endlich an Initiativen der privaten Seenotrettung

fließen.